

Niederschrift

zur 27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 10.11.2016	18.30-21.45 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke bis 21.45 Uhr, Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe ab 18.47 Uhr, Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke ,
Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Katja Dost , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch ab 18.40 Uhr, Stefan Sarrach ,
Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Sylvaine Meister , Christfried Tschepe ,

Gäste

35 interessierte Gäste

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Janett Seiler entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 26 Stadtverordnete (ab 18.40 Uhr 27 und ab 18.47 Uhr 28) und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Von der BFZ-Fraktion wird beantragt festzustellen, dass im TOP 14.1. Prüfung von Schäden aus den Swap-Geschäften keine Interessen Einzelner betroffen sind und der Beschluss im öffentlichen Interesse liegt. Demzufolge soll er im öffentlichen Sitzungsteil behandelt werden.

Der Vorsitzende verweist auf eine Rücksprache mit der Rechtsstelle der Stadt und führt aus, dass indirekt Persönlichkeitsrechte betroffen sind und die Nichtöffentlichkeit zu wahren ist.

Der Antrag der BFZ-Fraktion wird mit 3 Dafür-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Zustimmung Ja 24 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften vom 22.9.2016 und vom 29.09.2016

Die Niederschrift vom 22.9.2016 wird mit dem Hinweis bestätigt, dass die Ergänzung zum Protokoll vom 25.8.2016 (in der Sitzung am 22.9.2016 vorgetragen) in dieser Niederschrift eingefügt wird.

Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Die Niederschrift vom 29.9.2016 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen bestätigt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert über die Gedenkveranstaltungen anlässlich des Volkstrauertages am 13.11.2016 und lädt die Stadtverordneten recht herzlich dazu ein.

TOP 5.1 Bekanntgabe der durch das Bürgerbudget geförderten Anträge

Der Vorsitzende ruft die durch Bürgerentscheid siegreichen Vorschläge

- | | |
|--|-------------|
| - die Unterstützung des Wiederaufbau des Kirchturms im Ortsteil Trebus | 422 Stimmen |
| - die Beleuchtung des Rad- und Fußweges zum Friesenstadion | 285 Stimmen |
| - die Errichtung eines Glockenstuhl für den Dorfanger im Ortsteil Molkenberg | 282 Stimmen |
| - das grüne Klassenzimmer im Stadtpark | 203 Stimmen |
| - die Überdachung des Außengeheges im Tierheim Fürstenwalde | 183 Stimmen |
| - Sanierung des Heimattierparks | 156 Stimmen |

auf und bittet die Einreicher der Anträge in die Mitte des Sitzungssaales. Dort wird ihnen gratuliert und eine Urkunde überreicht.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verzichtet auf Informationen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohneranfragen gestellt.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Einbringung von Anträgen der Fraktionen

TOP 8.1.1 Anfrage/Antrag der FDP-Fraktion "Grundsatzbeschluss über die Vorplanung zum Ausbau des Domumfeldes im Bereich der Schulstraße, des Domplatzes, des Paradeplatzes sowie der östlichen Reinheimer Straße"

Der Abg. Henkel bittet, diese Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung zu verweisen.

TOP 8.1.2 Nahverkehrskonzeption fortschreiben - Fürstenwalder Bedarf benennen 6/AN/409 und Interessen konsequent vertreten

Der Fraktionsvorsitzende bittet, diesen Antrag in die Vorberatung des Fachausschusses für Stadtentwicklung zu verweisen und ihn in der nächsten Sitzung der STVV zu beschließen.

Er erläutert den Hintergrund des Antrages, der auf eine sehr ausführliche Diskussion mit Herrn Ansorge von der BOS im Stadtentwicklungsausschuss zurückgeht. Ein Landkreisvertreter konnte wegen einer Erkrankung nicht teilnehmen. Insofern möchte die Fraktion die Diskussion hier nochmals aufgreifen und die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes befördern. Dazu sollte die Abstimmung zwischen den Kommunen und dem LOS erfolgen und die Fürstenwalder Bedarfe konkret benannt werden.

TOP 8.1.3 Vorfahrt für Busse und Taxis am Bahnhof

6/AN/410

Auch dieser Antrag soll in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen und in der nächsten STVV beschlossen werden.

Der Abg. Wende erläutert den Antrag bzw. das Anliegen, das bereits mehrfach andiskutiert und bis zum heutigen Tage noch keiner zufriedenstellenden Lösung zugeführt wurde, nochmals kurz. Seit langer Zeit wird die Verkehrssituation am Busbahnhof als unübersichtlich und zeitweise sehr gefährlich eingeschätzt. Deshalb sollte die Zufahrt zum Busbahnhof durch eine Schranke reguliert und der Taxistand in den Innenraum des Busbahnhofs geländes verlagert werden. Die derzeitigen Taxiparkplätze sollten als Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden.

TOP 8.2 "Fürstenwalde - Fit für Beteiligung"

6/AN/399

Der Abg. Wende erläutert ausführlich, dass es mit dem Antrag gelingen sollte, ein Verfahren, ein Lernfeld – Demokratie und Beteiligung – für Kinder und Jugendliche auf den Weg zu bringen. Leider, so schätzt er ein, ist eine breite Beteiligung an vielseitigen Entscheidungen des Lebens der Kinder und Jugendlichen, aber auch aus der eigenen Haltung heraus, noch nicht gewährleistet. Die Fraktion DIE LINKE hält diese Erfahrungen aber im Prozess des Erwachsenwerdens und für die Weitergabe

eigener Erfahrungen für enorm wichtig. Auch Eltern sollen über diesen Prozess erfahren, dass es sinnvoll ist, für eigene Interessen einzutreten. Ebenso sollte sich Schule, Jugendclubs etc. für Beteiligung öffnen.

Er wirbt dafür, dass sowohl Stadtverordnete als auch Verwaltung noch offensiver mit diesem Thema umgehen, Orte der Begegnung für Beteiligung schaffen und voneinander viel lernen.

Abschließend verweist er aber auch auf erste Erfolge (Beteiligungswochenende für Kinder und Jugendliche im Dezember durch die Stadtjugendpflege organisiert, durchgeführter Sozialarbeiterworkshop) hin und legt Wert darauf, diese positive Entwicklung weiter im Blick zu behalten und zu verfolgen. Der Antrag wird deshalb zunächst nicht aufrechterhalten.

TOP 8.3 Klimaschutzkonzept/CO2-Bilanz - Berücksichtigung des Stadtwaldes 6/AN/385

Der Abg. Rudolph erläutert den vorliegenden Antrag kurz und geht darauf ein, dass auch die 4.700 ha Stadtwald in dem zu erarbeitenden Klimaschutzkonzept/Klimabilanz berücksichtigt werden sollen.

Der Abg. Wende macht deutlich, dass es für die Zustimmung seiner Fraktion eine Änderung im Sachverhalt geben müsste (... und auf dieser Basis notwendige Maßnahmen abzuleiten, möglicherweise ist ...) und diese Textpassage gestrichen werden soll.

Er führt weiterhin aus, dass vom Planungsbüro bzw. von Herrn Weber bereits Zustimmung signalisiert wurde, auch den Stadtwald bei der Klimabilanz einzurechnen.

Die BFZ-Fraktion signalisiert Zustimmung zur Sachverhaltsreduzierung.

Und Herr Tschepe ergänzt, dass die Thematik im Klimabeirat bereits angesprochen wurde. Die Verwaltung hat bereits reagiert und den Auftrag an das Planungsbüro um die Einrechnung des Stadtwaldes erweitert.

Zustimmung mit Änderung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.4 Gemeinsame Betreuung von Museum und Galerie prüfen 6/AN/318

Dieser Antrag ist bereits beschlossen und versehentlich auf die Tagesordnung gesetzt worden. Er wird für die heutige Sitzung gestrichen.

Zum Sachverhalt/Sachstandsinformationen der Betreuung des Museum und der Galerie wird auf die nächste Sitzung des Fachausschusses für Kultur und Soziales verwiesen.

TOP 8.5 Antrag zur Bildung eines Ortsteiles Heideland 6/AN/371

Der Abg. Aulich erklärt seine Befangenheit.

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bildung eines Ortsteils Heideland in dem aus der anliegenden Karte ersichtlichen Gebiet.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Hauptsatzung mit anliegender 2. Änderungssatzung zu ändern.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

TOP 8.6 Planungsaktivitäten im Bereich des Heidelandes 6/IV/380

Der Abg. Wende stellt fest, dass es sich nach wie vor um ein Wohngebiet im Außenbereich handelt und bittet um Klarstellung, wie das schwerwiegende rechtliche Problem beseitigt werden kann und wie sich die Gemeinsame Landesplanung verhält. Er bittet um eine belastbare Aussage, dass es

auch lohnt, die bisher unternommenen Lösungsansätze fortzusetzen. Weiterhin bittet er, vor einer weiteren Auftragserteilung die Anwohnerinnen und Anwohner des Heidelandes über die u.U. auf sie zukommenden Kosten zu informieren.

Herr Tschepe geht zunächst ausführlich auf die Frage zur Sicht auf die Dinge der Gemeinsamen Landesplanung ein. Tenor ist, dass wenn die Bebauung aus dem integrierten Stadtentwicklungskonzept Fürstenwalde/Spree hergeleitet wird, eine grundsätzliche Bereitschaft der GL besteht, die Entwicklung des Heidelandes mitzutragen.

Die Beteiligung der AnwohnerInnen soll im Rahmen einer Bauleitplanung vollzogen werden. Hier können jedoch noch keine konkreten Kosten für evtl. notwendige Erschließungsmaßnahmen genannt werden.

Ob die Heideländer die beabsichtigte Entwicklung mehrheitlich unterstützen, dürfte sich, so Herr Tschepe, schon bei den Wahlen zum Ortsbeirat herauskristalisieren, da sich die Kandidaten in besonderer Weise positionieren werden.

Kenntnisnahme

TOP 8.7 Onkel Tom´s Hütte - Beschädigung öffentlichen Eigentums

6/AN/386

Der Abg. Dippe erklärt seine Befangenheit.

Der Abg. Rudolph erinnert daran, dass der Beschlussvorschlag im Hauptausschuss korrigiert und um den Satz Außerdem wird vom/von verlangt, der auf dem Klageweg einzufordern ist reduziert wurde.

Zum Sachverhalt anwesend, wird dem Stadtförstdirektor einstimmig Rederecht erteilt. Er erläutert u.a., dass die vom Gericht bestellte Gutachterin am 9.11.16 mehrere Proben entnommen und den Weg nochmals beproben wird. Der Verursacher war ebenfalls vor Ort. Der nächste Gerichtstermin findet am 24.01.2017 statt.

In der anschließend ausführlichen Diskussion werden unterschiedliche Auffassungen zur Beantragung einer Strafanzeige oder eines Strafantrages vertreten. Letztendlich ist das Hauptmotiv des Antrages, den Verursacher zum Rückbau des Weges zu bewegen. Der Abg. Sarrach kann gar nicht nachvollziehen, was hier alles unternommen werden soll und letztlich doch nicht zu diesem Ergebnis führt.

Die BFZ-Fraktion appelliert aber, zumindest symbolisch etwas zu unternehmen und sich um den Sachverhalt zu kümmern.

Die Abg. Wagner zeigt auf, was bereits alles unternommen wurde. Sie vertritt auch die Auffassung, dass hier kein Vorsatz vorliegt und bittet, nunmehr über den Antrag abzustimmen.

Beschluss:

Ablehnung Ja 5 Nein 20 Enthaltung 2 Befangen 1

TOP 8.8 Kostenloses WLAN an öffentlichen Plätzen in der Stadt Fürstenwalde

6/IV/381

Der Bürgermeister legt in seinen Ausführungen dar, dass sowohl mit den Freifunkern als auch mit professionellen Anbietern Gespräche geführt werden, um zunächst 7 Hotspots einzurichten. Für Anregungen und weitere Vorschläge ist die Verwaltung offen, um zum Beginn des nächsten Jahres die Realisierung vorzunehmen. Heute wird mit der Informationsdrucksache über den derzeitigen Abarbeitungsstand informiert.

Der Abg. Hamacher betont, dass hier seitens der BFZ-Fraktion die Freifunkinitiative präferiert wird. Er verweist auf den vorliegenden Antrag und bittet, diesen so umzusetzen. Der Abg. Dippe ergänzt, dass nur so ein flächendeckendes Netz zumindest im Innenstadtbereich aufgebaut werden kann.

Der Abg. Wende betont für die Fraktion DIE LINKE., dass auch von ihr die Freifunkinitiative unter-

stützt wird.

Der Bürgermeister sagt entsprechende Aktivitäten unter Verzicht auf professionelle Anbieter zu.

Kenntnisnahme

TOP 8.9 Stellenplanerweiterung zum Stellenplan des Haushaltsplanes 2016 6/DS/370

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den Stellenplan gemäß Anlage 1.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Preisanpassung für das Freizeitbad schwapp ab dem 01.01.2017 6/DS/382

Die Abg. Lehmann äußert als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Soziales grundsätzlich zunächst ihr Unverständnis und bringt ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass im Hauptausschuss die Bildung einer Arbeitsgruppe zu diesem Sachverhalt angeregt wurde. Für diese inhaltliche Arbeit ist der Kultur- und Sozialausschuss zuständig. Dort wurde das Thema am 13.10.16 auch ausführlich mit allen aus den Fraktionen vertretenen und kompetenten Mitgliedern diskutiert und beraten. Richtig wäre es gewesen, alle Fragen aufzunehmen und den Sachverhalt zurück in den Fachausschuss zu verweisen.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses entschuldigt sich und hofft auf Verständnis dafür, dass hier vor allem über die finanziellen Auswirkungen der Preisanpassung diskutiert wurde. Man sei, so Abg. Rudolph, dabei nicht auf einen gemeinsamen Nenner gekommen, so dass eine erneute Beratung mit der Werkleiterin Frau Müller angeraten schien.

Abg. Zänker äußert sich nun zur Drucksache und bringt einen Änderungsantrag an. Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Erhöhung auf 36 € für die Familienkarte lässt sich aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht hinlänglich begründen. Die Fraktion bittet einen „Familienpreisschock“ abzumildern und die Preisanpassung auf nur 35 € vorzunehmen.

Der Abg. Rausch fasst noch einmal zusammen, zu welchem Ergebnis die Arbeitsgruppe kam. Konsens war, zukünftig kostendeckende Entgelte zu erheben. Dafür wird es u.U. erforderlich sein, in einem Jahr nochmals nachzusteuern. Einerseits besteht also die Notwendigkeit der Preiserhöhung, andererseits bestehen Bedenken, die in der AG nicht alle ausgeräumt werden konnten. Deshalb wurden weitere Treffen der AG im nächsten Jahr mit dem Ziel vereinbart, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Preisanpassungen zu diskutieren und nach Möglichkeit einer weiteren Vereinfachung der Preisstruktur zu suchen.

Der Abg. Wende unterstützt das Kostendeckungsprinzip für das Schwapp nicht und begründet dies u.a. damit, dass die BürgerInnen auch für Sport- und Freizeitangebote in der Stadt Steuern zahlen. Er plädiert dafür, das Defizit weiterhin durch die Stadt auszugleichen. Er betrachtet auch die Auslastung des Bades und meint, es sei längst an seiner Leistungskapazitätsgrenze angekommen. Es gibt keine permanent leerstehenden Wasserflächen, im Gegenteil, es kommt insbesondere an den Wochenende zu Wartezeiten. Hier muss überlegt werden, die Wasserfläche zu erweitern.

Auf Antrag der BFZ-Fraktion wird die Sitzung für eine kurze Beratungspause unterbrochen.

Danach meldet sich die BFZ zu Worte. Sie begrüßt die Abschaffung des Wochenendtarifes mit höheren Preisen im Sportbad und will die Erhöhung des Saunapreises mit den Kombinationsangeboten mittragen. Die Fraktion bringt erneut den Vorschlag eines gestaffelten Entgeltes für auswärtige Besucher und Fürstenwalder BürgerInnen in die Diskussion. Die Verständigung der AG, die Preise zunächst zu erhöhen und dann später nachzusteuern, hält sie jedoch nicht für zielführend. Sie wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen und hält es für notwendig, dass der ständige Zuschuss verringert wird und das Schwapp kostendeckende Entgelte erhebt.

Von der CDU-Fraktion, so Abg. Petenati, gibt es Zustimmung für den Beschlussvorschlag. Über viele Jahre wurde immer wieder über die Preiskalkulation diskutiert und so hat sich eine über Jahre aus Sicht der CDU sozialverträgliche Situation entwickelt.

Anschließend wird zunächst über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion abgestimmt, die Familienkarte ohne Zeitbegrenzung bzw. die Eintrittskarte für 2 Erwachsene und 1 Kind für 3 Stunden auf nur 35 € anzuheben.

Dieser Antrag wird mit 2 Dafür-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Anpassung der Tarife der Fürstenwalder Sport- und Freizeitanlagen – Kommunalen Eigenbetrieb im Betriebsteil Schwapp gemäß der als Anlage 1 beigefügten Aufstellung ab dem 01.01.2017.

Zustimmung Ja 18 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.11 Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/374 und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

Der Abg. Sachse regt an, die Hausbesitzer über das Verbot des Salzeinsatzes zu unterrichten, denn es gibt Streusalz in allen Baumärkten zu kaufen. Frau Fiedler bittet darum, auch die Supermarktketten einzubeziehen, um zu erreichen, dass auch den Parkplätzen der Salzeinsatz minimiert wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage I der Beratungsdrucksache beiliegende „Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren“ (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung).

Zustimmung Ja 27 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.12 Errichtung von Eltern - Kind - Zentren

6/DS/376

In der hierüber ausführlichen Diskussion gibt es Für und Wider. Abg. Hilke, Mitglied im Jugendhilfeausschuss des LOS, sieht die Angebote sehr kritisch und meint, es sei eine zusätzliche kostenintensive Lösung, für die sich der LOS entschieden hat. In anderen Bundesländern gibt es durchaus kostengünstigere Alternativen. Er tritt für mehr Eigenleistung der Eltern und Familien ein. Abg. Wende, Mitglied auch im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses des LOS, erläutert, das Eltern-Kind-Zentren „kleine“ Mehrgenerationenhäuser, kleine Beratungsangebote und Hilfestellungen für Kinder und Familien in Notsituationen und die Vermittlung in professionelle Strukturen darstellen. Er hält sie u.a. auch aufgrund der Zahlen im Kinderschutzbericht für dringend notwendig. Abg. Dippe befürchtet den Aufbau neuer und paralleler Strukturen, wo, so ergänzt Abg. Rudolph, es doch sieben verschiedene bestehende Angebote gibt.

Die Abg. Dost vom Mehrgenerationenhaus berichtet, dass die zahlreichen Begegnungsmöglichkeiten die Stadt so lebenswert machen, jedoch in Fwe. Nord nicht alle Hilfesuchenden im Mehrgenera-

tionenhaus aufgefangen werden können.

Frau Meister erläutert, dass heute grundsätzlich darüber zu entscheiden ist, ob die Stadt ein Eltern-Kind-Zentrum errichten möchte. Dann sind die freien Träger gefragt, ein Konzept zur Umsetzung einzureichen. Im nächsten Kultur- und Sozialausschuss am 1. Dezember sollen sich die Träger mit ihrem Konzept vorstellen. Dieses und das Votum des Ausschusses wird dann an den LOS weitergeleitet.

Der Abg. Dippe formuliert einen Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich dem Ausbau der Förderung von bestehenden Eltern-Kind-Zentren oder Angeboten in Fürstenwalde auf Basis der Richtlinie zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren gemäß § 22 SGB VIII LOS ab dem Jahr 2017 zu.

Dieser Änderungsantrag wird mit 4 Dafür-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich der Förderung von Eltern-Kind-Zentren nach der Richtlinie zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren gemäß § 22 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree ab dem Jahr 2017 für 1 Zentrum und ab dem Jahr 2018 für 2 Zentren in Fürstenwalde zu.

Zustimmung Ja 24 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.13 Modellprojekt - Sozialarbeit an Grundschulen

6/DS/377

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich der Teilnahme am und der Co-Finanzierung des Modellprojektes Angebote für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree zu.

Zustimmung Ja 27 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.14 Beschluss zur Abschnittsbildung der Emma-Reich-Straße

6/DS/388

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Es wird die Bildung des Straßenabschnitts Emma-Reich-Straße von Krausestraße bis Heuweg beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.15 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 85 "Wohnen am Martinigarten" 6/DS/378 hier: Satzungsbeschluss

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung berührter Behörden nur eine Stellungnahmen ohne abwägungsrelevanten Sachverhalt eingegangen ist. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

- Die 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 85 "Wohnen am Martinigarten" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 106, Flurstücke 115, 138, 140, 144, 146, 147, 149, 151 teilweise, 154, 155, 156, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 537, 538 teilweise, bestehend aus den textlichen Festsetzungen (Teil B) wird auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32), und § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722), als Satzung beschlossen. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.16 Grundsatzbeschluss über die Vorplanung zum Neubau des Parkplatzes 6/DS/392 am Heimattiergarten

Auf die Nachfrage des Abg. Dippe erläutert Herr Tschepe, dass aus fachlichen Gründen und aufgrund der Folgekosten eine Variante, den Parkplatz mit Schotter aufzufüllen, ausgeschlossen wurde. Auf die Frage von Frau Fiedler, ob auch Rasengitterplatten infrage kommen, antwortet Herr Tschepe, dass dies nur für die Stellplatzfläche nicht für die Fahrbahn infrage käme. Er berichtet auch, dass das Oberflächenwasser in dafür angeordnete Mulden versickert und die Begehbarkeit der Rasengitterplatten ebenso als ungünstig bewertet wird.

Herr Tschepe berichtet weiter, dass bis zur Entwurfsplanung, die dann Gegenstand des Ausführungsbeschlusses nach der LPH 5 ist, weitere Variationen berücksichtigt werden können (z.B. Kostenermittlung für einen Schotterplatz oder Rasengitterplatten). Die BFZ-Fraktion, so begründet der Abg. Hamacher, wird sich für die Variante 3 aussprechen, weil bei den Varianten 1 und 2 Bäume gefällt werden müssen und 36 Parkplätze ausreichend sind.

Der Abg. Zänker berichtet, dass sich die Fraktion B90/Die Grünen für die Variante 1 entschieden hat. Er bedankt sich bei der Verwaltung, dass vom Baumsachverständigen Herrn Schmidt eine Stellungnahme eingeholt wurde. Er bittet, diese auch so zu beachten.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Luban, dass sich die Fraktion ebenso für die Variante 1 ausspricht. Abschließend geht Herr Tschepe auf die verschiedenen Funktionen der größeren Stellplatzanlage (kostengünstige Variante mit vielen Versorgungsfunktionen, Parkbühne, Parkclub, Heimattiergarten, Pendler) ein.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung zum Neubau des Parkplatzes am Heimattiergarten und Parkclub (Baukosten rund 107.000 €) und beauftragt die Stadtverwaltung, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Leistungsphasen 3 bis 5 zu beauftragen.

Zustimmung Ja 28 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.17 Benennung eines Weges in Fürstenwalde-Süd

6/DS/387

Der Abg. Hamacher moniert, dass im Rahmen der Beteiligung ein Nichtmelden der Anwohner als passive Zustimmung gewertet wurde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den in Fürstenwalde-Süd gelegenen, in der Anlage gekennzeichneten Privatweg, entsprechend des Votums der Wegeigentümer in **Sandweg** zu benennen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.18 Bebauungsplan Nr. 103 "Sicherung Spreeuferweg" 6/DS/391
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 103 "Sicherung Spreeuferweg" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für das Gebiet: Flur 131, Flurstücke 596 tw., Gemarkung Fürstenwalde/Spree, wird beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.19 Sitzungsplan 2017

6/IV/389

Herr Rudolph wirbt für den durch die BFZ-Fraktion erstellten Sitzungsplan. Dieser wirft noch einige Fragen auf und wird nach ausführlicher Diskussion mehrheitlich bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der von der Verwaltung vorgelegte Sitzungsplan wird bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass die Genehmigung für die 5-Geschossigkeit des Bonava-Gebäudes vorliegt.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Zum Jagdschloss gefragt, berichtet der Bürgermeister über ein interessantes Gespräch mit den potenziellen Investoren (Fondgruppe aus der Schweiz). Die Verwaltung hofft, dass das Vorhaben umgesetzt werden kann. Herr Hengst wird am 15.11.16 nach Hamburg fahren, um weitere Gespräche mit dem Investor im Rahmen einer Veranstaltung der ICA zu führen.

Herr Wende spricht den Neubau der Spree-Oberschule an. Er bittet, diese Thematik auch im Stadtentwicklungsausschuss unter Beteiligung des LOS aufzugreifen. Nach dem möglichen neuen Standort für ein Schulzentrum (gemeinsamer Grund- und Oberschulstandort) gefragt, antwortet der Bürgermeister, dass dies einer politischen Initiative bedarf.

Frau Wagner ergänzt, dass die Planungen zur Spree-Oberschule (am Standort des ehem. OSZ, Beeskower Chaussee) sehr interessant sind. Der in der Nachbarschaft befindliche Bau des ehem. Finanzamtes wird dabei nicht berücksichtigt. In diesem Zusammenhang spricht der Bürgermeister eine mögliche Nachnutzung (wieder als Schule) des jetzigen Objektes in der A.-Bebel-Straße an.

Abg. Sarrach fragt, ob der Beschluss der STVV zur Altanschießerproblematik wie gefasst in der Verbandsversammlung umgesetzt wird. Der Bürgermeister informiert, dass er gemäß dieser Beschlussfassung abstimmen wird. Ob dieses Votum ausreicht, um eine Mehrheit in der Verbandsversammlung zu erhalten, ist allerdings fraglich.

Er führt aus, welche Auswirkungen mit der Umsetzung des Beschlusses der STVV verbunden wären. Sollte der Zweckverband nur die nicht bestandskräftigen Beiträge zurückzahlt, wäre das eine Summe in Höhe von 400 bis 500 T€. Selbst unter Einbeziehung der Ansprüche von Land, Stadt und städt. Gesellschaften, deren Grundrechtsschutz umstritten ist, in Höhe von ca. 3,5 Mio€ ist der Rückzahlungsanspruch vom Zweckverband ohne Zuwendungen Dritter leistbar. Sollten alle Altanschießerbeiträge bis 1999, so sieht es der Beschluss der STVV vor, zurückgezahlt werden, wären das rd. 21 Mio€. Davon können künftig 9 bis 10 Mio€ durch Gebührenanpassungen refinanziert werden. Es blieben rd. 13 Mio€ übrig, die u.a. durch die einzelnen Mitgliedsgemeinden des ZV aufgebracht werden müssten. Auf die Stadt Fürstenwalde/Spree käme ein Betrag von rd. 7 Mio€ zu.

Die restlichen 6 Mio€ müssten von den anderen Mitgliedsgemeinden, die teilweise von der Altanschließerproblematik gar nicht betroffen sind, getragen werden. Insofern ist nicht damit zu rechnen, dass die anderen Gemeinden dem Antrag der Stadt Fürstenwalde zustimmen werden. Sollte man das System von Beitrags- und Gebührenfinanzierung allein auf eine Gebührenfinanzierung umstellen und alle Beiträge zurückzahlen, dann steht eine Summe in Höhe von 43 Mio€ und eine Umlage von 24 Mio€ im Raum. Für Fürstenwalde ergäbe sich eine Umlage von rd. 13 Mio€. Diejenigen, die ihre Beiträge zurückgezahlt bekommen, sollen nach bisherigen internen Diskussionen im Zweckverband ab 2017 eine höhere Gebühr entrichten. Der Bürgermeister stellt nochmals klar, unter welchen Bedingungen das Land Brandenburg den Zweckverbänden finanzielle Hilfen anbietet. Diese können vom ZV Fürstenwalde nur für den zusätzlichen Aufwand der Widerspruchs- und Klageverfahren in Anspruch genommen werden. Entsprechende Anträge dazu sind in Vorbereitung.

Abschließend informiert er, dass die nächste Verbandsversammlung am 5.12.16 um 15.00 Uhr stattfindet.

Abg. Wagner erinnert an das Stadtmöbelkonzept und fragt zum Stand der Dinge. Herr Tschepe berichtet, dass es aufgrund von Engpässen in der Fachgruppe in diesem Jahr dazu keine Informationen mehr geben kann.

Abg. Hamacher fragt zum Stand der Abrechnung/Durchführung der Vorschläge aus dem Bürgerbudget 2016. Der Bürgermeister informiert, dass die Maßnahmen soweit realisiert wurden und nur die Frist zur Errichtung der Schattenplätze und des Mehrzweckhäuschens im Pneumant-Forum bis zum 30. 5. 2017 verlängert werden musste (Baugenehmigung etc. erforderlich).

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.45 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 11 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin